

# Friedenspolitische statt verteidigungspolitische Richtlinien

## Zur Strategie der Kooperation für den Frieden

Reinhard J. Voß

In der Anfang 2003 gegründeten „Kooperation für den Frieden“ arbeitet mittlerweile ein breites Bündnis von Friedensorganisationen zusammen: angefangen von den Ärzten gegen Atomkrieg (IPPNW), der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW), ver.di-Jugend, den NaturwissenschaftlerInnen für den Frieden und der Deutschen Friedensgesellschaft/ Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen (DFG-VK) über den Bund für Soziale Verteidigung, pax christi, die Aktionsgemeinschaft Dienst für den Frieden, das Komitee für Grundrechte und Demokratie, bis hin zu Organisationen und Fachstellen für zivile Konfliktbearbeitung und gewaltfreie Aktionen. Verbindlich ist eine gemeinsame „Grundsatzserklärung“ (s. pax zeit 2/03, S. 16)

Bei ihrer ersten Strategiekonferenz Ende September in Dortmund wurden Weichenstellungen strategischer Art vorgenommen, nachdem schon Ende April erste inhaltlich-politische Vorabgespräche stattfanden.

■ **Die Stärkung und Reform der UN** als potentieller Trägerin von Völkerrecht mit der Perspektive einer Weltinnenpolitik und weltweiter Förderung sozialer Gerechtigkeit bleibt ein Hauptanliegen. Ein Jahr nach den großen weltweiten Friedensdemonstrationen und dem trotzdem begonnenen illegalen und unmoralischen Krieg gegen den Irak sollen, besonders am weltweiten Aktionstag des 20.3.2004, erneut Proteste organisiert werden gegen „**Angriffskriege und nukleare Erpressung der Welt durch die USA**“. Prof. H.E. Richter hatte für die Ärzte gegen Atomkrieg in Dortmund persönlich diesen Vorschlag vorgetragen. Diese Kritik soll nach Meinung der Konferenz verknüpft werden mit den Forderungen nach neuen umfassenden weltweiten Abrüstungsschritten und dem Aufbau öffentlichen Drucks gegen jeden weiteren Angriffs- oder Interventionskrieg.

■ **Die Entwicklung einer zivilen Vision für Europa** – gegen eine fatale EU-Aufrüstung, die den USA Konkurrenz auf diesem Gebiet macht – soll im Umfeld der Europa-Wahlen

2004 verdeutlicht werden. Die Europawahl 2004 soll dazu genutzt werden, die Verankerung friedenspolitischer Grundsätze in der europäischen Verfassung einzufordern und die neue europäische militärische Sicherheitsdoktrin anzuprangern. **Ein Friedenssteuergesetz und die Senkung des Rüstungshaushalts** werden in politischen Kampagnen thematisiert. Die Kritik an innenpolitischen Rüstungsthemen, insbesondere den weiter hohen Kosten für Rüstung, verdichtet sich in Forderungen nach stärkerer Förderung von Ziviler Konfliktbearbeitung und Zivilem Friedensdienst, nach Abbau der Rüstungsexporte und des Rüstungshaushalts sowie nach einem Friedenssteuergesetz, das die BürgerInnen nicht mehr zwingt, für den Krieg zu zahlen.

■ Für einen **gerechten Frieden in Nah- und Mittelost** (inkl. Israel-Palästina-Konflikt) durch Forderung und Förderung eines breit angelegten Dialogprozesses in der Region ähnlich dem europäischen KSZE-Prozess setzt sich die Kooperation verstärkt ein und sucht die Zusammenarbeit mit den verbliebenen und neuen Friedenskräften auf beiden Seiten. Eine **Kampagne gegen den Mauerbau Israels** auf palästinensischem Boden ist von mehreren Organisationen in der Kooperation geplant.

■ Und ein neuer Fixpunkt der Friedensbewegung zeichnet sich ab: die **Wittstocker Heide** in Brandenburg, wo die Bundeswehr das Bombenwerfen üben soll: ein Widerspruch zu allen Beteuerungen, Soldaten als Friedenskräfte unter UN-Mandat auszusenden und ein Hohn für Umwelt und Touristik in diesem strukturschwachen Gebiet. Den örtlichen Widerstand bundesweit zu stärken, wird bedeuten, dass hier ein neuer Symbolname heranwächst!

Auf der Strategiekonferenz wurde ein Diskussionspapier zu „Friedenspolitischen Richtlinien“ vorgestellt, das bis Ende November 2003 der Öffentlichkeit vorgestellt werden soll. Besondere Streit- und Spannungspunkte waren die „Rolle der UNO“, der „Sicherheitsbegriff“ und die Frage nach „Abschaffung oder Umrüstung der Bundeswehr.“ Mit dem Papier wird der Anspruch erhoben, strategisch und nicht nur aktionspolitisch den „Verteidigungspolitischen Richtlinien“ von Minister Struck ein Konzept entgegen zu stellen, das sich nicht von einem militärischen Sicherheitsverständnis leiten lässt, sondern einer positiven Entwicklungs-, Menschenrechts- und Friedenspolitik verpflichtet und von konsequenter ziviler Prävention gekennzeichnet ist. ■

Reinhard J. Voß, Generalsekretär

### Vatikan fordert Abschaffung aller Atomwaffen

Der Vatikan setzt sich für die vollständige Abschaffung von Atomwaffen ein. Der Ständige Beobachter des Heiligen Stuhls bei der UNO, Erzbischof Celestino Migliore, betonte dies vor der UN-Vollversammlung. Migliore warnte vor der Renaissance des nuklearen Abschreckendenkens und dem erneuten gegenseitigen Drohen mit Atomwaffen. Die einzige absolute Garantie sei deren vollständige Vernichtung. Die Staatengemeinschaft müsse erkennen, dass die Gewalt nicht das unentrinnbare Schicksal der Menschheit sei, sondern dass deren Zukunft in internationalen Rechtsnormen und in der UN als politischem Instrument zu deren Durchsetzung liege. (Nach KNA 11.10.2003) ●

### Friedensforscher plädieren für Freiwilligenarmee

Das Hamburger Friedensforschungsinstitut hat sich für die Abschaffung der Wehrpflicht ausgesprochen und für die Einrichtung einer 200.000 Mann starken Freiwilligenarmee plädiert. Die Wehrpflicht wird als antiquiert und ihre Beibehaltung als nicht mehr diskussionswürdig beschrieben. Alle sicherheitspolitischen und militärischen Argumente sprächen für eine Freiwilligenarmee. Die allgemeine Wehrpflicht sei in Deutschland schon seit vielen Jahren „kaum mehr als eine Fiktion“.

(Nach KNA 20.10.2003) ●